

political discourse holds on: “They are our Brothers but they deny human rights to our minority.”

Marinov stated that the Russian invasion of Ukraine has also impacted the relationship between Bulgaria and Macedonia, with national opposition in both countries being often visibly pro-Russian, and Macedonian commentators have emphasised the similarities between Bulgarian and Russian nationalist claims. The study concluded by summarising the similarities between Putin’s nationalist discourse on Ukraine and Bulgarian mainstream theses about Macedonians and their impact on the relationship between Bulgaria and Macedonia. However, it was noted that the study focused on discourses and narratives, so further studies with a political scope are needed to provide an exhaustive political analysis of the conflict.

Discussion

One participant from the audience disagreed that the relationship of Russia with some Western Balkans countries is more of an elite-driven decision, arguing that Russia’s role goes beyond just spoiling things in the region, it rather builds on well-thought, strategic priorities and outlooks. Another participant mentioned Re-

publika Srpska and said that the now re-elected president’s public support for Putin was interpreted as a strong symbol and provocation driven by president Dodik’s own political interests.

In the view of another participant, Bulgaria holds much more strategic importance for Russia. It was argued that Russia has consistently shown its hand in Bulgaria on a couple of occasions. Even though the polls show that the biggest chunk of the Bulgarian public endorses pro-western attitudes, Bulgaria has traditionally been a country that maintains friendly relations with Russia.

Closing remarks

Overall, the panel contributions and discussion provided valuable, transregional and diversified insights into Russian strategic communication and disinformation in Southeast Europe, focusing on the narratives and discourses of political events. In line with the symposium’s premise on the proactive role of narratives in (re)shaping reality, the findings of the presentations pointed to the need for more awareness of Russia’s opportunism and its influence in Southeast Europe so that the EU cohesion and unity are not eroded.

Podiumsdiskussion

Der westliche Balkan – Aktuelle Herausforderungen im Zeichen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
München, 30. Januar 2023

Bericht von Igor Antov, München

Die Diskussion mit *Manuel Sarrazin*, dem Sondergesandten der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans und Präsidenten der SOG, widmete sich der politischen Situation in der Westbalkanregion sowie den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf den EU-Erweiterungsprozess. Sarrazin stellte aus einem deutsch-europäischen Blickwinkel die verschiedenen Facetten der aktuellen Herausforderungen in der Region dar. Er blickte

dabei bedauernd auf das unerfüllte EU-Thessaloniki Versprechen von 2003, zeigte sich im Hinblick auf die derzeitigen Entwicklungen in der Region allerdings optimistisch. Das Gespräch, an dem etwa 50 Personen teilnahmen, wurde von Dr. *Hansjörg Brey*, Mitglied des Präsidiums der Südosteuropa-Gesellschaft, moderiert.

Die Schaffung der Position des „Sondergesandten“, der für das gesamte Kabinett spreche,

folge laut *Sarrazin* daraus, dass die drei Koalitionsparteien einen besonderen Schwerpunkt auf die Westbalkanregion legen. Dieser Fokus basiere auf strategischen Erwägungen aufgrund der geographischen Nähe der Region zur EU. Zudem sei die Region ein Schauplatz der globalen Systemkonkurrenz zwischen liberalen Demokratien und autoritär geprägten Staaten. Aus diesem Grund müsse die EU zeigen, dass sie in der Lage sei, ihr stärkstes geopolitisches Instrument – die EU-Erweiterung – zur Transformation des Westbalkans zu nutzen, um anhand dieses Erfolgsmodells die Demokratie und eine liberale Marktordnung auch in anderen Regionen wie Südamerika und Subsahara-Afrika gegen andere Modelle behaupten zu können.

Sarrazin unterstrich zudem den emotionalen sowie geschichtlichen Aspekt, dass der Westbalkan zur europäischen Vielfalt und somit zu Europa gehört. Seit dem Versprechen von Thessaloniki 2003 habe jedoch die Glaubwürdigkeit der EU und somit auch der Glaube in der Region an einen eigenen möglichen EU-Beitritt in naher Zukunft stark gelitten. In der Bundesregierung herrsche aber Einigkeit darüber, dass man die Länder des Westlichen Balkans in der EU haben wolle – und zwar auf Augenhöhe, vollwertig, mit Respekt und nicht als Mitglieder zweiter Klasse. Nur mit einem solch klaren Bekenntnis könne man den Einfluss in der Region bewahren und positive Reformanreize setzen.

Über die generelle Lage der EU-Erweiterung stellte der Sondergesandte der Bundesregierung fest, dass mit jedem vergangenen Tag außerhalb der EU es für die Westbalkanländer nur noch schwieriger werde, beizutreten, da der zu erfüllende Besitzstand der EU und damit auch die Anforderungen an die Beitrittskandidaten stetig wachse. Gleichzeitig kämen Reformen – insbesondere im Bereich Rechtsstaatlichkeit – in einigen Ländern der Region nicht voran. Den Stillstand im EU-Erweiterungsprozess Mitte der 2010er Jahre habe die Regierung Angela Merkels mit dem Berliner Prozess seit 2014 zu überbrücken versucht, und das nicht ohne Erfolge. So sei nicht nur das Westbalkan-Jugendwerk gegründet worden, sondern man habe auch ein Format geschaffen, in dem alle sechs Länder des Westlichen Balkans – einschließlich Kosovo und Serbien – an einem Tisch säßen, um die re-

gionale Kooperation zu stärken. Im November 2022 habe man diesbezüglich drei Mobilitätsabkommen unterzeichnet.

Gefragt nach der Reformbedürftigkeit der EU, bevor man weitere Mitglieder aufnehme, lehnte *Sarrazin* diese Konditionierungslogik ab, obwohl er gewisse Reformen innerhalb der EU für notwendig erachte. Er persönlich halte, unabhängig von der Position der Bundesregierung, mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Erweiterungsprozess für richtig. Zudem bewerte er Ideen wie „eine EU der zwei Geschwindigkeiten“ oder privilegierte Partnerschaften als riskant, wobei eine gewisse Kreativität in der Lösungsfindung wünschenswert sei.

Im Hinblick auf die Auswirkungen des Russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stellte *Sarrazin* fest, dass die meisten politischen Akteure in der Region aus dem Krieg bisher noch keine neuen strategischen Schlüsse gezogen hätten. Vielmehr beobachte er eine eher abwartende Haltung. Am deutlichsten zeige sich dies im Falle Serbiens, dessen Präsident bereits vor dem Krieg eine Art Schaukelpolitik zwischen West und Ost betrieben habe. Diese Haltung stoße auf ein gewisses Unverständnis, da insbesondere deutsche Unternehmen im Land gut bezahlte Jobs schaffen würden und die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU deutlich wichtiger seien als mit anderen Ländern. Zudem müsse man einen Weg finden, mit unterschiedlichen Interpretationen der jüngeren Geschichte in der Region konstruktiv umzugehen.

Der Konflikt zwischen Serbien und Kosovo, der im Dezember 2022 wegen der Anerkennung von Nummernschildern beinahe eskaliert sei, stelle eine weitere zentrale Herausforderung in der Region dar. Die seit 2013 erzielten Fortschritte im Normalisierungsprozess zwischen den beiden Ländern seien dadurch beinahe zunichte gemacht worden. Aufgrund der starken Emotionalität in der Auseinandersetzung und dem schwierigen Verhältnis zwischen dem Präsidenten von Kosovo, Albin Kurti, und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić sei es derzeit schwer, einen Kompromiss zu finden. Die EU und Deutschland dürften jedoch nicht der gleichen Krisenlogik folgen, sondern würden vielmehr mit dem deutsch-französischen

Vorschlag versuchen, eine neue, positive Dynamik zu erzeugen. Gleichzeitig solle man kleine Fortschritte, wie zum Beispiel die drei unterschriebenen Abkommen vom 3. November 2023, nicht unterschätzen. Stück für Stück brächten solche Schritte die sechs Westbalkanländer zusammen und ermöglichten ihnen, eine gemeinsame Zukunft aufzubauen.

Auch die Situation in den anderen Ländern der Region stelle sich laut Sarrazin schwierig dar. In Montenegro, einem NATO-Mitglied und dem eigentlichen „Frontrunner“ in den EU-Beitrittsverhandlungen, reihe sich derzeit eine Regierungskrise an die andere. Manche Beobachter sprächen auch von der Gefahr, dass einige Teile der Regierung von pro-russischen Kräften übernommen werden könnten. Im Falle Nordmazedoniens habe man durch den französischen Vorschlag die jahrelange Blockade, zuletzt durch Bulgarien, lösen und die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien eröffnen können, obschon dieser Vorschlag einen bilateralen Konfliktgegenstand zum Teil des

Verhandlungsrahmens gemacht habe. Die nötige Verfassungsänderung in Nordmazedonien stehe aber noch aus, die Mehrheitsverhältnisse diesbezüglich herzustellen, sei derzeit schwierig. Bosnien und Herzegowina habe im Dezember 2022 den offiziellen Kandidatenstatus verliehen bekommen. Mit der neuen politischen Konstellation im Land habe man nun die Hoffnung, dass die nötigen Reformen zügig umgesetzt würden. Albanien bezeichnete Sarrazin als den derzeit hoffnungsvollsten Kandidaten, die Regierung müsse nun aber, nach so vielen Jahren des Stillstands, effektiv in die Verhandlungen hineinkommen.

Abschließend bekannte sich der Sondergesandte der Bundesregierung für die Westbalkanregion als ein Verfechter kontinuierlicher Akte der Solidarität, egal, wie klein einzelne Schritte auch aussehen mögen. Nur so könne die EU ihre Glaubwürdigkeit in der Region zurückgewinnen und wieder ein positives Narrativ über die EU-Integration erzeugen.